



UNIVERSITÄTS  
KLINIKUM  
HEIDELBERG

## Anlage 8

### Allgemeine Anlagen

#### **Vertrag über die Abrechnung von privat- und wahlärztlichen Leistungen**

zwischen dem

Universitätsklinikum Heidelberg  
Im Neuenheimer Feld 672  
69120 Heidelberg  
im folgenden „Auftraggeber“ oder „UKHD“ genannt

und

der Firma \_\_\_\_\_  
im folgenden „Auftragnehmer“ genannt

## **§ 1 Vertragsgegenstand**

Gegenstand der Vereinbarung sind die unter §§ 4 und 5 aufgeführten und vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen.

## **§ 2 Bestandteile des Vertrags (Anlagen zu diesem Vertrag)**

Die nachfolgenden Regelungen sind Vertragsbestandteil. Sie gelten neben dem Vertrag in der nachstehenden Reihenfolge:

1. Leistungsbeschreibung analog der Ausschreibung (Anlage 2)
2. Preisblatt des Anbieters analog der Ausschreibung (Anlage 4.1 bis 4.6)
3. Angebot (Zuschlagserteilung) des Auftragnehmers vom \_\_\_\_\_ (Anlage 9)
4. Vereinbarungen zum Datenschutz, TOMs, AVV (Anlage 5.1 bis 5.4)
5. Leistungsbeschreibung\_Fachbereiche (Anlage 2.1)

## **§ 3 Berechtigungsnachweise während der Vertragslaufzeit**

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass er die gesetzlichen und in diesen Vergabeunterlagen geforderten öffentlich-rechtlichen und sonstigen Erlaubnisse, Gestattungen, Zertifizierungen etc. während der gesamten Vertragslaufzeit zeitlich durchgehend besitzt. Laufen solche erforderlichen Erlaubnisse, Gestattungen, Zertifizierungen etc. während der Vertragslaufzeit aus, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen und dafür zu sorgen, dass ihm die entsprechenden Berechtigungsnachweise verlängert oder neu erteilt werden.

## **§ 4 Auftragsumfang**

1. Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen gemäß der Anlagen 2 zum Anschreiben („Leistungsbeschreibung“) beziehen sich auf alle Behandlungen, die ab dem 1. Oktober 2026 am UKHD durchgeführt werden.
2. Der Auftrag erstreckt sich auf die in Anlage 2.1 zum Anschreiben („Leistungsbeschreibung/Fachabteilungen“) genannten Fachabteilungen und Bereiche.
3. Der Auftrag kann während der Vertragslaufzeit auf weitere Fachabteilungen ausgedehnt werden. Ausweitungen des Auftragsumfangs werden zu den Konditionen dieses Vertrags übernommen. Für die Aufnahme weiterer Fachabteilungen und –bereiche genügt eine schriftliche Mitteilung an den Auftragnehmer.

## **§ 5 Auftragsleistungen**

Der Auftragnehmer erbringt für privat- und wahlärztliche Behandlungen die Leistungen gemäß der Leistungsbeschreibung der Vergabeunterlagen (Anlage 1 zu diesem Vertrag).

## **§ 6 Auftragserfüllung**

1. Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass die Erfüllung des Auftrages nicht durch Krankheit, Urlaub, Streik oder sonstige Ausfälle seiner Mitarbeiter beeinträchtigt wird.
2. Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass von seinem Handeln keine Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen (Verkehrssicherungspflicht).
3. Gerät der Auftragnehmer in Insolvenz oder beantragt ein Insolvenzverfahren, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

## **§ 7 Personelle Mindestbedingungen**

1. Es gelten die Personalanforderungen der Leistungsbeschreibung sowie der Anlagen 3.1 und 3.2 zum Anschreiben zum Personalkonzept über die gesamte Vertragslaufzeit.
2. Werden die vereinbarten personellen Mindestanforderungen ganz oder teilweise nicht erfüllt, stellt dies eine wesentliche Vertragspflichtverletzung dar.
3. Der Auftraggeber ist in diesem Fall berechtigt, vom Auftragnehmer unverzüglich Abhilfe zu verlangen und eine angemessene Frist zur Wiederherstellung des vertragsgemäßen Zustands zu setzen.
4. Für den Zeitraum, in dem die personellen Mindestanforderungen nicht erfüllt sind, ist der Auftraggeber berechtigt, die Vergütung angemessen zu mindern oder ganz zurückzubehalten, soweit die Leistung nicht vertragsgemäß erbracht wird.
5. Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nachbesserung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach oder liegt ein wiederholter bzw. erheblicher Verstoß vor, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund außerordentlich zu kündigen.
6. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere auf Schadensersatz, bleiben unberührt.

## **§ 8 Zahlungsverkehr**

Der Zahlungsverkehr der Klinikliquidation mit den Patienten erfolgt über ein separates Bankkonto des Auftraggebers. Die entsprechende Bankverbindung wird durch den Auftraggeber (UKHD) mitgeteilt. Alle Zahlungen sind auf das gesondert mitgeteilte Bankkonto zu leisten. Der Auftragnehmer erhält den Bankkontoauszug des UKHD nach abgestimmten Modalitäten.

## **§ 9 Vergütung des Auftragsnehmers**

1. Die Höhe der Vergütung des Auftragnehmers ergibt sich aus den Preisblättern 1 - 6 (Anlagen 4.1 bis 4.6 zum Anschreiben) und differenziert, ob der Auftraggeber oder der Auftragnehmer das Forderungsmanagement durchführt.
2. Der Angebotspreis gilt für die gesamte Vertragslaufzeit inklusive der Verlängerungsoption. In dem Angebotspreis sind alle Nebenkosten wie Fahrt-, Reise- und Transportkosten, Spesen etc. enthalten. Des Weiteren beinhaltet dieser Komplettpreis das Porto für den Rechnungsversand und sämtlichen Schriftwechsel mit den Patient/innen bzw. deren Vertretungsberechtigten, sowie dem UKHD und seinen beteiligten Instanzen.
3. Alle Kosten, die zu den vorgenannten Leistungen zählen, sind mit einkalkuliert. Kostenerhöhungen während der Vertragslaufzeit berechtigen den Auftragnehmer nicht, Zusatzforderungen zu den Angebotspreisen geltend zu machen.
4. Der Anspruch auf die volle Vergütung besteht nur bei einwandfreier Vertragserfüllung. Maßgeblich für die Beurteilung der Vertragserfüllung sind die Ergebnisse stichprobenartiger Qualitätsprüfungen des Auftraggebers. Werden im Rahmen dieser Stichproben Mängel festgestellt, ist der Auftraggeber berechtigt, die Vergütung angemessen zu kürzen. Die Kürzung erfolgt proportional zum festgestellten Mängelanteil. Der Mängelanteil errechnet sich wie folgt:  
Anzahl der fehlerhaften Einzelleistungen im Rahmen der Stichprobe im Verhältnis zur Gesamtanzahl der geprüften Einzelleistungen. Die Vergütung wird entsprechend diesem Verhältnis gekürzt, wobei gilt:  $\text{Kürzungsbetrag} = (\text{Anzahl mangelhafter Einzelleistungen} / \text{Anzahl geprüfter Einzelleistungen}) \times \text{vereinbarte Vergütung für die Dienstleistung des geprüften Bereichs}$ .
5. Bei Rechnungen, die aufgrund einer mangelhaften Abrechnung des Auftragnehmers storniert werden, besteht kein Anspruch auf eine Vergütung. Bereits erhobene Gebühren sind ebenfalls zu stornieren. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis gegenüber dem Auftraggeber vorbehalten, dass keine mangelhafte Abrechnung stattgefunden hat.

## **§ 10 Rechnungen**

1. Zahlungen erfolgen auf der Basis prüffähiger Rechnungen. Es erfolgt eine monatliche Rechnungsstellung bis zum 5. des Folgemonats über die anzusetzenden Abrechnungsgebühren differenziert nach Rechnungsnummer und Patientenummer (Kliniksystem des Auftraggebers, ISH). Es wird hierzu eine elektronische Schnittstelle nach Vorgaben des Auftraggebers angeboten.

2. Rechnungen werden elektronisch an den Auftraggeber übermittelt und haben die Angabe des jeweiligen Rechnungsstellungsdatums sowie Behandlungsdatums zu enthalten. Im Übrigen sind die Rechnungen inhaltlich nach ordentlichem Geschäftsgebaren (Artikel, Menge, Preis, etc.) aufzustellen.
3. Der Auftragnehmer erhält zum Monatsanfang eine Abschlagszahlung der Vergütung, welche nach Rechnungsstellung des Auftragnehmers bis zum 10. des Folgemonats spitz abgerechnet wird.

### **§ 11 Abtretung von Forderungen**

Die Abtretung einer Forderung gegen das UKHD ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Regelung des § 354a HGB bleibt unberührt.

### **§ 12 Vertragserfüllung**

1. Die nach der Leistungsbeschreibung geforderten Arbeiten müssen in vollem Umfang und sofort ab Vertragsbeginn erbracht werden. Vorübergehende Einschränkungen und Verzögerungen müssen unterbleiben.
2. Die nach diesem Leistungsverzeichnis geforderten Arbeiten müssen in vollem Umfang und unverzüglich nach Vertragsbeginn erbracht werden. Vorübergehende Einschränkungen bzw. Verzögerungen in der Vertragsausführung müssen unterbleiben. Etwaige Rückstände sind unverzüglich bei Bekanntwerden dem Auftraggeber anzuzeigen.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vollständige Rechnungserstellung gemäß GOÄ in den definierten Rechnungsstellungsfristen von 14 Kalendertagen bzw. 7 Kalendertagen für internationale Patienten nach Bereitstellung oder Vorliegen der rechnungsbegründenden Unterlagen zu erstellen. Wird der Auftragnehmer mit der Durchführung des Forderungsmanagements beauftragt, ist ein konsequentes Mahnverfahren zur Durchsetzung der offenen Forderungen gemäß der vereinbarten Fristen aus der Leistungsbeschreibung (Ziffer 10) erfolgen.
4. Ein Leistungsverzug tritt dann ein, wenn die Rechnungsstellung und der Versand der Rechnungen nicht innerhalb von 14 Tagen nach Abholung der Unterlagen bzw. Vorliegen der rechnungsbegründenden Daten durch den Auftragnehmer erfolgt ist oder, sofern die Durchführung des Forderungsmanagements beauftragt wird, das konsequente Mahnverfahren zur Durchsetzung der offenen Forderungen nicht gemäß der vereinbarten Fristen aus der Leistungsbeschreibung (Ziffer 10) erfolgt.
5. Verstreicht die vertraglich vereinbarte Frist zur Rechnungsstellung oder der Durchführung des Mahnverfahrens gemäß der Leistungsbeschreibung schuldhaft durch den Auftragnehmer, ist der Auftraggeber berechtigt, Verzugszinsen geltend zu machen. Die Verzugszinsen betragen 5

Prozentpunkte über dem jeweils geltenden 3-Monats-Euribor p.a. bezogen auf den Brutto-Rechnungsbetrag der betroffenen Leistung, maximal jedoch 5% des Brutto-Rechnungsbetrags. Die Geltendmachung eines über die Verzugszinsen hinausgehenden Schadens bleibt unberührt. Die Verzugszinsen werden mit schriftlicher Erklärung des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer geltend gemacht.

6. Im Falle des Leistungsverzugs ist das Universitätsklinikum Heidelberg außerdem berechtigt, die vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen durch einen Dritten und auf Rechnung des Auftragnehmers erbringen zu lassen (vgl. Anlage 8 zum Anschreiben). Dies gilt im Einzelfall auch, wenn der Auftragnehmer die Leistung nicht innerhalb der erforderlichen Fristen (vgl. Anlage 2 zum Anschreiben („Leistungsbeschreibung“) bzw. Anlage 1 dieser Vereinbarung ) ordnungsgemäß erbracht hat. Die Mehrkosten trägt der Auftragnehmer.
7. Entstehen dem Universitätsklinikum Heidelberg aufgrund Schlechterfüllung der Leistungen des Auftragnehmers wirtschaftliche Nachteile (zum Beispiel insbesondere mangelhafte oder verzögerte Rechnungsstellung u.ä.) so haftet hierfür der Auftragnehmer in vollem Umfang. Werden die Vertragsleistungen vom Auftragnehmer überhaupt nicht durchgeführt und können nicht nachgeholt werden, so verliert der Auftragnehmer den Vergütungsanspruch.

### **§ 13 Verschwiegenheit und Geheimhaltung**

1. Die Vertragspartner sichern sich gegenseitig zu, den gesamten Inhalt dieses Vertrages vertraulich zu behandeln und ausschließlich zu den vertraglich vereinbarten Zwecken zu verwenden. Die Nutzung zu Werbezwecken durch einen Vertragspartner ist nur mit Zustimmung des anderen Vertragspartners zulässig.
2. Die Vertragspartner verpflichten sich, über alle Informationen und Daten, die vom Vertragspartner stammen und im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrags bekannt werden, Stillschweigen auch über die Laufzeit des Vertrags hinaus zu wahren.
3. Werden durch Pflichtverletzung seitens des Auftragnehmers Tatsachen aus den zur vertraulichen Einsichtnahme überlassenen Arbeitspapieren bekannt, so sieht das UKHD hierin einen schwerwiegenden Vertrauensbruch, welcher das UKHD zur Bekanntgabe des Tatbestands auch Dritten gegenüber berechtigt.
4. Alle vom Auftragnehmer gefertigten, beschafften oder ihm vom Klinikum überlassenen Unterlagen verbleiben im Eigentum des Auftraggebers und sind dem Klinikum jederzeit auf Verlangen, spätestens jedoch unaufgefordert mit Ablauf des Vertragsverhältnisses, auszuhändigen. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers ist ausgeschlossen.

## § 14 Datenschutzvereinbarungen

1. Der Bieter muss alle Voraussetzungen bzw. technischen und organisatorischen Maßnahmen nach den jeweils geltenden gesetzlichen datenschutzrechtlichen Regelungen und der Anlagen aus dieser Ausschreibung erfüllen.
2. Nach Zuschlagserteilung ist der Bieter, der den Zuschlag erhalten hat, **verpflichtet**, mit dem Auftragnehmer die datenschutzrechtlichen Bestimmungen der Anlagen 5.1 bis 5.4 abzuschließen sowie der datenschutzrechtlichen Bestimmungen aus der Leistungsbeschreibung umzusetzen.
3. Sämtliche Datenschutzbestimmungen sind für ausscheidende Mitarbeiter auch über den Austritt hinaus weiterhin gültig.

## § 15 Haftung

1. Der Auftragnehmer haftet für Personen- und Sachschäden, die durch ihn oder seine Mitarbeiter bei der Erfüllung der vertraglichen Aufgaben verursacht werden. Die ausreichende Versicherung ist dem Auftraggeber auf Anforderung vor Beginn der Leistungserbringung nachzuweisen. Die entstehenden Kosten hat der Auftragnehmer zu tragen. Der Auftragnehmer haftet insbesondere auch beim Verlust von ihm oder seinen Mitarbeitern anvertrauten Schlüsseln. Es wird besonders darauf hingewiesen, dass der entsprechende Schließkreis durch den Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers ausgewechselt werden kann.
2. Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind mindestens wie folgt zu bemessen und dem Auftraggeber nachzuweisen:
  - a. Der Auftragnehmer bestätigt eine Mindestversicherungssumme pauschal in Höhe von 5.000.000 € für Personen- und 5.000.000 € für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden).
  - b. Im Rahmen der Deckungssumme für Sach- und Vermögensschäden ist auch das Regressrisiko abzudecken.
3. Der Auftragnehmer hat alle ihm nach den gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften obliegenden Maßnahmen unter voller Verantwortung auszuführen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem Auftraggeber erwachsenden Schäden.
4. Arbeitsunfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, sind vom Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
5. Hat der Auftraggeber auf Grund gesetzlicher Vorschriften Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers Schadensersatz zu leisten, so steht ihm der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, wenn der

Schaden durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen verursacht worden ist. Hat ein Verschulden des Auftraggebers mitgewirkt, so findet §254 BGB Anwendung.

6. Entsteht einem Dritten im Zusammenhang mit der Leistung ein Schaden, für den auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen beide Vertragsparteien haften, so trägt der Auftragnehmer den Schaden im Innenverhältnis allein.

### **§ 16 Rechtsnachfolge**

1. Die Übertragung von Rechten und Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag auf Dritte ist ausschließlich mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers möglich. Dies gilt auch im Falle einer rechtsgeschäftlichen Übertragung des Betriebs des Auftragnehmers im Ganzen.
2. Die Zustimmung kann vom Auftraggeber insbesondere dann verweigert werden, wenn ihm der Auftragnehmer nicht darlegt, dass der Übernehmer die Leistung nach sämtlichen Vorgaben und Bedingungen dieser Vergabeunterlagen erbringen wird.

### **§ 17 Prüfrechte**

1. Der Auftraggeber hat jederzeit das Recht, die Leistungserbringung zu überprüfen. Hierzu hat der Auftragnehmer die notwendigen Unterlagen auf Anforderung vorzulegen und alle notwendigen Auskünfte zu erteilen. Ggf. ist den beauftragten Mitarbeitern des Auftraggebers Zutritt zu den Räumlichkeiten des Auftragnehmers zu gewähren.
2. Dieses Recht kann der Auftraggeber auch Dritten, wie zum Beispiel Wirtschaftsprüfern und / oder Rechnungshof, einräumen.

### **§ 18 Geltung der VOL/B**

1. Gem. § 29 Abs. 2 VgV werden die Allgemeinen Vertragsbedingungen der VOL/B zum Vertragsgegenstand gemacht, soweit zulässigerweise in den Vergabeunterlagen nichts anderes festgelegt ist.
2. Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

### **§ 19 Dauer des Vertrags**

1. Der Vertrag beginnt zum 1. Oktober 2026 und endet ohne besondere Kündigung zum 30. September 2028.
2. Der Vertrag endet ohne besondere Kündigung zum 30.09.2028, wenn nicht der Auftraggeber bis zum 31.03.2028 schriftlich die ihm eingeräumte erste Optionen zur Verlängerung der Vertragslaufzeit bis zum 30.09.2029 wahrgenommen hat.



3. Der Vertrag endet ohne besondere Kündigung nach Ablauf der ersten Verlängerungsoption zum 30.09.2029, wenn nicht der Auftraggeber bis zum 31.03.2029 schriftlich die ihm eingeräumte zweite Option zur Verlängerung der Vertragslaufzeit bis zum 30.09.2030 wahrgenommen hat.
4. Die Vertragslaufzeit endet bei Wahrnehmung der zweiten Verlängerungsoption ohne besondere Kündigung zum 30.09.2030.
5. Der Auftraggeber hat das Recht, Fachbereiche aus einem Los in eine eigene Abrechnungsdurchführung zu übernehmen. Der Auftraggeber hat gegenüber dem Auftragnehmer den betreffenden Fachbereich vertraglich mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende zu kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
6. Darüber hinaus gilt während der Vertragslaufzeit das ordentliche Kündigungsrecht im gegenseitigen Einvernehmen als ausgeschlossen. Das Recht der fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.

## **§ 20 Außerordentliche Kündigung**

1. Der Auftraggeber kann das Vertragsverhältnis fristlos oder mit einer angemessenen Frist (spätestens am dritten Werktag zum Ablauf des übernächsten Monats) kündigen, wenn ihm aus einem durch den Auftragnehmer zu vertretenden wichtigen Grunde die Fortsetzung des Vertrages nicht zugemutet werden kann. Dies ist insbesondere dann gegeben, wenn
  - a. der Auftragnehmer die im Vertrag vereinbarten Leistungen nicht in der vereinbarten Zeit, Art und Weise ausführt und trotz einmaliger schriftlicher Abmahnung keine Abhilfe schafft (siehe Leistungsbeschreibung bzw. Anlage 1 zu diesem Vertrag mit den entsprechenden Regelungen zu Liefer- und Leistungsfristen).
  - b. schwerwiegende Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen vorliegen, bei denen es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen. Schwerwiegende Gründe können sowohl in den allgemeinen Verhältnissen als auch in dem Verhalten des Auftragnehmers und seines Personals sowie die Verfehlung der personellen Mindestanforderungen liegen.
  - c. gesetzliche Änderungen im Bereich der privatärztlichen Liquidationen erfolgen, wie zum Beispiel der Wegfall oder teilweise Wegfall der Möglichkeit zur Abrechnung privatärztlicher Leistungen.
  - d. der Auftragnehmer Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist, oder zugunsten seiner Gläubiger, Abtretungs- oder andere Maßnahmen ergreift oder auf andere Weise sein Geschäft aufgibt oder an einen Wettbewerber ganz oder teilweise überträgt bzw. einen solchen beteiligt.

- e. dem Auftragnehmer entgegen § 3 dieser Vertragsbedingungen während der Vertragslaufzeit auslaufende Berechtigungsnachweise nicht rechtzeitig verlängert oder neu erteilt werden.
2. Schadenersatzansprüche des Auftragnehmers infolge einer berechtigten und wirksamen außerordentlichen Kündigung sind ausgeschlossen. Die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen durch den Auftraggeber bleibt unberührt.
  3. Der aus einer außerordentlichen Kündigung dem Auftraggeber entstandene Schaden ist ihm durch den Auftragnehmer zu ersetzen.
  4. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.

## **§ 21 Schlussbestimmungen**

1. Durch die gänzliche oder teilweise Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt.
2. Die Vertragspartner verpflichten sich, die ganz oder teilweise unwirksame Bestimmung durch eine gültige Regelung, die dem Vertragszweck und dem angestrebten wirtschaftlichen Ergebnis möglichst nahekommt, zu ersetzen. Das gleiche gilt im Falle einer Vereinbarungslücke.
3. Änderungen oder Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen zu Ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses. Individuelle Abreden im Sinne des §305b BGB bleiben unberührt. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen sind aus Beweisgründen schriftlich zu dokumentieren.
4. Die AGB des Auftragnehmers finden auf diesen Vertrag keine Anwendung.
5. Gerichtsstand und Erfüllungsort für beide Parteien und für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Heidelberg.

Heidelberg, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

Herr Stephan Schulz-Gohritz

Vorstand Finanzen

Vorstand Verbund Heidelberg -Mannheim

- Auftraggeber -

- Auftragnehmer -